

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich wochen, 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Vorbestellung 20 Mk. pro Vierteljahr, 70 Mk. pro Halbjahr, 130 Mk. pro Jahr. Die Postämter sind für die Zustellung des Tagesblattes nicht verantwortlich. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 8

Angelagerter: Die 48-spaltige Hauptzeile 20 Goldpreisen, die 24-spaltige Zeile der zweiten Spaltenabteilung 10 Goldpreisen, die 12-spaltige Zeile der dritten Spaltenabteilung 5 Goldpreisen. Nachweisungsgebühr 20 Goldpreisen. Druck- und Papierkosten werden nach Möglichkeit Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 8

Nr. 104. — 84. Jahrgang.

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Mittwoch, den 6. Mai 1925

Das zweite Frankreich.

Eine ganz merkwürdige Entwicklung scheint jetzt der spanisch-marokkanische Kampf zu nehmen. Bekanntlich hatten die Spanier Niederlage auf Niederlage erlitten und waren schließlich bis auf einen schmalen Küstenstreifen zurückgedrängt worden, den sie nur mit Hilfe ihrer weittragenden Schiffsgeschütze, aber auch so nur mit großen Verlusten halten konnten. Alles, was die Spanier früher im Kampf gegen die Rifabnyen an Menschen und Material verloren hatten, verschwand gegen die gewaltigen Einbußen, die sie beim Rückzug und bei dem mühseligen Halten der verbliebenen Linien erlitten. Es geht ihnen dort zurzeit genau so wie der Entente auf Gallipoli; überhaupt haben die damaligen Kämpfe mit der jetzigen Lage der Spanier in Marokko viel Ähnlichkeit. Dabei war es offenes Geheimnis, daß die Rifabnyen von französisch-Marokko her mit Waffen modernster Art versehen wurden; nur konnte spanischerseits dagegen nicht das geringste ausgerichtet werden.

Die furchtbaren Verluste der Spanier, die Aussichtslosigkeit des weiteren Kampfes und nicht zuletzt innerpolitische Schwierigkeiten des spanischen Diktators Primo de Rivera — es kam ja bekanntlich sogar zu einer Militärrevolte — bewogen diesen zu dem schweren Schritt, Unterhandlungen mit dem Führer der Rifabnyen, Abd-el-Krim, anzuknüpfen. Spanische Gesandte machten den Vorschlag einer ganz losen spanischen Oberherrschaft über das nordwestliche Marokko, stehen aber bei den siegesbrunnen Segnern auf alles andere als auf Gegenliebe. Wurde doch sogar schon der alte spanische König, so Mexiko, auch Tanger, von der Artillerie Abd-el-Krims bedroht. Die spanischen Unterhändler sind jetzt weifellos ohne jeden Erfolg zurückgekehrt und nun — das ist das Merkwürdige — erfolgt ein militärisches Zusammenarbeiten Spaniens und Frankreichs.

Die Gründe hierfür lassen sich vorläufig noch nicht recht durchschauen. Selbstverständlich hat Frankreich das allergrößte Interesse daran, Marokko für sich allein zu behalten, hat aber doch wohl aus dem jähren Überhand der Rifabnyen entnehmen können, daß eine völlige Besinnung auch des Nordwestens eine außerordentlich schwere Aufgabe bedeuten würde. Vor allem aber mag Frankreich wohl eine andere Gefahr fürchten, und das ist die panislamitische. Der Kampf der Rifabnyen unter Abd-el-Krim gegen die Spanier ist nämlich ein wesentlich religiöser. Und der religiöse Fanatismus ist es vor allem, der die Rifabnyen zu einem einheitlichen Vorgehen, überhaupt zur Einheit veranlaßt. Nirgends in der Welt ist der Islam, die Lehre Mohammeds, noch so lebendig wie in Marokko. Und wenn es den Rifabnyen, wenn es Abd-el-Krim gelingen sollte, die Spanier aus dem Lande hinauszujagen, so wäre das ein Sieg des Islams über die Europäer, der nicht ohne Rückwirkung auf das gewaltige nordafrikanische Reich Frankreichs bleiben kann. Man weiß, wie stark der Einfluß ist, den die Wiederherstellung der Türkei, der Sieg über eine europäische Macht in ganz Vorderasien ausübt und dort wiederholt feingespinnene Pläne Frankreichs und Englands zerrissen hat. Eine derartige Gefahr nun auch im Westen entstehen zu lassen, dürfte man um so weniger Lust haben, als man sie vor der Tür hat.

Man hat ja größere Pläne, von denen man aber natürlich offiziell nicht spricht. Das war, als den Engländern die bekannten Schwierigkeiten in Ägypten entstanden, als Zaglul Pascha zum Amtsbtritt gezwungen wurde, als in Ägypten und namentlich im Sudan große Militärrevolten ausbrachen, die allerdings mit blutiger Strenge unterdrückt wurden. Da hat man sich in Frankreich — natürlich nicht in den offiziellen Kreisen — daran erinnert, daß man einst selbst unter Oberst Marchand am Nil stand, die französische Fahne in Fachoda hißte und sie nur unter dem Druck der Briten, eines Stühener, niederholen mußte. Offiziell hat ja Frankreich dann 1904 auf seine ägyptischen Ansprüche verzichtet, aber die Träume eines Napoleons und seiner Eroberung Ägyptens sind noch lange nicht ausgeräumt. Wohlgefällig kehrt man inoffiziell in Frankreich auf die Schwierigkeiten, mit denen die Engländer jetzt dort zu kämpfen haben. In Nordafrika gehört ja nur Tripolis und Ägypten anderen Mächten und das „zweite Frankreich“ innerlich zu stärken und äußerlich zu mehren ist, namentlich nach dem Kriege, zielbewußteste Politik Frankreichs gewesen. Da kann man Störungen panislamitischer Art schon deswegen nicht ertragen, weil ja die französische Herrschaft in diesem riesigen nordafrikanischen Reich keineswegs auf einer freiwilligen Gefügigkeit der arabischen Eingeborenen aufgebaut ist, sondern nur mit großen militärischen Mitteln aufrechterhalten werden kann.

So wird die französisch-spanische Aktion gegen die Rifabnyen nur das eine Ziel haben, Abd-el-Krim zu einer Nachgiebigkeit zu zwingen, die zu einem Waffenstillstand führt, um dies störende Moment im fernem Nordwest auszuschalten. Mehr nicht. Es ist dies übrigens ein Ziel, das schon beinahe erreicht war, aber dann durch eine allzu schonen Haltung der Spanier wieder in die Ferne gerückt wurde.

Dr. Stresemann vor dem Ruhranschluß.

Die Verpflichtungen des Reiches.
Vor dem Untersuchungsausschuß des Reichstages über die der Ruhrindustrie gezahlten Entschädigungen wurde der von seiner Krankheit genesene Reichsaussenminister Dr. Stresemann vernommen. Dr. Stresemann, der zu der fraglichen Zeit als Reichskanzler den Briefwechsel mit Sinnes geführt hatte, erklärte über die Absichten der Parteien bei dem Vertragsabschluß u. a. folgendes: Bei den damaligen Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und dem rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau sind die Verpflichtungen der Reichsregierung weit über den Charakter einer moralischen Verpflichtung hinausgegangen. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß beide Parteien davon ausgegangen sind, daß das Reich eine Verpflichtung übernommen hatte, die auch unter Umständen von der anderen Seite einlagbar gewesen wäre. Auch der Reparationskommission gegenüber ist ganz klar und deutlich zum Ausdruck gekommen, daß das Reich die Verpflichtung übernommen hatte, die auch unter Umständen von der anderen Seite einlagbar gewesen wäre. Es handelt sich dabei ja auch um Summen, bei denen es klar war, daß sie auf die Dauer von den Beteiligten aus eigener Kraft nicht getragen werden konnten, und daß sich deshalb das Reich bei den damaligen Verhandlungen sagen mußte, daß es zu gegebener Stunde voraussichtlich in Anspruch genommen würde. Reichskanzler Marx hat die Reichsregierungsleistungen abhängig gemacht davon, daß dem Reich Anleiheinstrumente zur Verfügung kämen. Aus den ganzen Verhandlungen, aus den Versuchen der Industrie, die Verpflichtung des Reiches zu beenden, sie gewissermaßen zu lombardieren, um sich dadurch Kredite zu verschaffen, aus den Erklärungen gegenüber den französischen und belgischen Delegierten schon am 28. Oktober, aus jener Debatte zwischen den Franzosen und den deutschen Beratern geht eines hervor: es handelte sich um vorgeschriebene Reparationsleistungen des Deutschen Reiches, die das Deutsche Reich zu übernehmen hatte, die zu übernehmen es sich verpflichtet hat, sobald seine Finanzen in Ordnung wären. Hieraus ergibt sich für mich, daß das Reich auch eine privatrechtliche Bindung übernommen hat.

Finanzminister von Schleichen erklärt, es sei damals angenommen worden, daß über den Etat 1924 hinaus noch eine Summe von 100 Millionen im Jahre 1925 zur Deckung von Verpflichtungen aus der Abwicklung des Ruhrwiderstandes benötigt werden müßte. Bei der hohen Schätzung von 100 Millionen für 1925 habe er an die Mühen nicht gedacht, weil die Deckung dieser Lasten damals auf anderem Wege versucht werden sollte. Bei der Fortsetzung der Vernehmung des Reichsaussenministers erklärt Dr. Stresemann:

Man habe vor der Frage gestanden, entweder auf das Dawes-Gesetz hinzuwirken oder auf einen Vertrag mit Frankreich. Dieser Gesichtspunkt sei für die Regierung von größter Bedeutung gewesen. Wie es mit der Gutschrift gegangen sei, darüber sei er sich im Augenblick nicht klar. Am Schlusse der Sitzung wird beschlossen, die Vernehmung des früheren Innenministers Solmann später noch vorzunehmen. Ein Untersuchungsausschuß wird zunächst das vorliegende, sehr umfangreiche Material zur Prüfung der materiellen Seite der Angelegenheit sichten und dem Gesamtausschuß vor Berichterstattung darüber Bericht erstatten.

Benesch agitiert in Wien gegen den Anschlußgedanken.

Wien, 5. Mai. Wie der Abend meldet, wird der tschechische Außenminister Dr. Benesch bei seinem Besuch in Wien am 14. Mai seinen Standpunkt in der Frage des Anschlusses Deutschlands an Österreich darlegen und auf die Wege hinweisen, auf denen seiner Meinung nach die Lebensfähigkeit Österreichs gefährdet werden kann. Von einem Beitritt Österreichs zur Kleinen Entente könne keine Rede sein. Dagegen soll nach dem Antrag Dr. Benesch ein großzügiger Ausbau der Handelsverträge

Die Lage in Marokko.

In einem Bericht aus Rabat in Marokko wird gesagt, daß die Schwierigkeiten zwischen Frankreich und den Rifberbern Mitte April begonnen hätten, als kleine Truppen von Rifabnyen sich südwärts durch die französischen Postenlinien drängten und bei den Eingeborenen im französischen Gebiet Propaganda für einen Aufstand machten. Die Stammesangehörigen des gestrichelten, französisch gesinnten D r f a w i seien gezwungen worden, sich den Truppen Abd-el-Krims anzuschließen. Die Rifberber hätten zahlreiche Geiseln mitgenommen. Die Franzosen hätten inzwischen umfassende Maßnahmen getroffen. Drei Verteidigungsgruppen unter drei Generälen seien gebildet worden mit 18 Bataillonen Infanterie, 6 Schwadronen Kavallerie und 12 Batterien Artillerie. Diesen Truppen kämen 4000 Rifberber gegenüber, die ihrerseits durch eine Reserve von weiteren 4000 Mann innerhalb der spanischen Zone unterstützt würden. Die französischen Behörden betrachten die Lage als ernst, doch wäre man Herr der Situation. Die Gefahr einer Aufstandsbeziehung hinter den französischen Linien scheine gegenwärtig beseitigt zu sein.

mit der Tschechoslowakei und den Nachfolgestaaten vorbereitet werden. Im Handelsverkehr zwischen Österreich und der Tschechoslowakei und den anderen Nachfolgestaaten sollen besondere Zollvergütungen, sogenannte Vorzugszölle festgesetzt werden. Eine solche Einigung würde, wenn sie zustande käme, selbstverständlich eine Benachteiligung der deutschen Einfuhr nach Österreich und der Tschechoslowakei bedeuten, so daß infolge des Meistbegünstigungsabkommens zwischen Österreich und Deutschland gewisse Schwierigkeiten entstehen werden.

Hilfe für die Landwirtschaft.

Berlin, 4. Mai. Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde eine Entschließung angenommen, worin die Reichsregierung ersucht wird, in Anbetracht der sich immer schwieriger gestaltenden Lage der Landwirtschaft, die ganz besonders empfindlich die viehproduzierende Landwirtschaft trifft, auf dem Gebiet des Zollschutzes und des Veterinärpolizeiwesens die erforderlichen Maßnahmen schnellst zu treffen. Ebenso fand die Annahme ein Antrag, bei allen Maßnahmen der Regierung zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion darauf zu achten, daß die Kleinbäuerlichen Betriebe eine besondere Berücksichtigung finden.

Die Zollvorlage.

Eigener Fernsprechkabine des „Wilsdruffer Tageblattes“.
Berlin, 5. Mai. Wie die Morgenblätter melden, hat das Reichskabinett in seiner gestrigen Sitzung die Zollvorlage in ihren wesentlichsten Teilen durchberaten.

Die schwarzen Pocken in London.

Berlin, 5. Mai. Wie der Lokalanzeiger meldet, wurden in London mehrere Fälle von schwarzen Pocken festgestellt.

Annahme des Goldstandardgesetzes im Unterhause.

Eigener Fernsprechkabine des „Wilsdruffer Tageblattes“.
Berlin, 5. Mai. Wie der Lokalanzeiger aus London meldet, zog die Arbeiterpartei nach der Rede des Schatzkammers ihren Abänderungsantrag zurück. Dann wurde das Goldstandardgesetz in zweiter Lesung ohne Abstimmung angenommen.

Starke Kontrolle durch die französischen Befehlsbehörden.

Eigener Fernsprechkabine des „Wilsdruffer Tageblattes“.
Koblenz, 5. Mai. Die französischen Befehlsbehörden üben jetzt eine immer schärfere Kontrolle auf den Landstraßen aus. Besonders eingehend werden die Automobile untersucht. Ein Kaufmann wurde, weil sein Personalausweis kein Lichtbild enthielt, vom Kriegsgericht zu 45 Tagen Gefängnis verurteilt.

Die kommunistische Bewegung in Bulgarien.

Sofia, 4. Mai. Die Kriminalpolizei entdeckte eine neue kommunistische Organisation bei Warna. Ein Munitionslager wurde beschlagnahmt. Außerdem wurde in den Archiven eine Liste mit ungefähr 50 Namen von Personen gefunden, die beim Gelingen der Revolution erschossen werden sollten. Die kommunistischen Führer Raitow, Witschow und Teodor Smolow wurden verhaftet. Nach einem Beschluß der Regierung sind alle Privatunternehmen, Gesellschaften, Banken usw. angefordert worden, die kommunistisch gesinnten Angestellten zu entlassen.

Die Ankunft des Reichspräsidenten

Berlin, 4. Mai.
Dem Vernehmen nach wird Reichspräsident von Hindenburg zur Vermeidung von Verkehrsstörungen auf seinem der Berliner Hauptbahnhöfe, sondern auf dem Bahnhof Heerstraße eintreffen. Hier kommt der fahrplanmäßige Zug, an den ein Salonwagen für den Reichspräsidenten angehängt ist, am Montag, den 11. Mai, nachmittags 5 Uhr, an. Zur Begrüßung des Präsidenten werden auf dem Bahnhof Reichskanzler Dr. Luther und ein anderer Vertreter der Reichsregierung, Staatssekretär Dr. Meißner vom Reichspräsidentium, Staatssekretär Dr. Kempner von der Reichskanzlei, Oberbürgermeister Böck und der stellvertretende Polizeipräsident von Berlin Dr. Friedensburg, der bekanntlich früher Landrat des Heimatkreises von Hindenburg gewesen ist, erscheinen. Geleitet vom Reichskanzler Dr. Luther begibt sich dann der Reichspräsident im Auto nach dem Präsidentenpalais in der Wilhelmstraße, wo er Wohnung nimmt. Hier gibt ihm zu Ehren am Abend der Reichskanzler ein Essen für einen kleineren Kreis geladener Persönlichkeiten. Am 12. Mai ist dann der Vereidigungs- und Amtsantrittstag.